südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

1 | 2023, Interviews, Kambodscha,
Autor*in: Raphael Göpel

Landverlust in Kambodscha – Gewinne in Deutschland



Amret ist eine der größten Mikrofinanzinstitutionen in Kambodscha. Die KfW ist über den Anteilseigner Advans SA beteiligt. © M.Pfeifer FIAN

In Kambodscha haben Millionen Menschen einen Mikrokredit aufgenommen. Ihre Rechte werden verletzt. Auch deutsche Akteure profitieren davon.

***südostasien*: Der Mikrofinanzsektor in Kambodscha steht seit einigen Jahren in der Kritik. Warum?**

Unsere Interviewpartnerin:



© Naly Pilorge

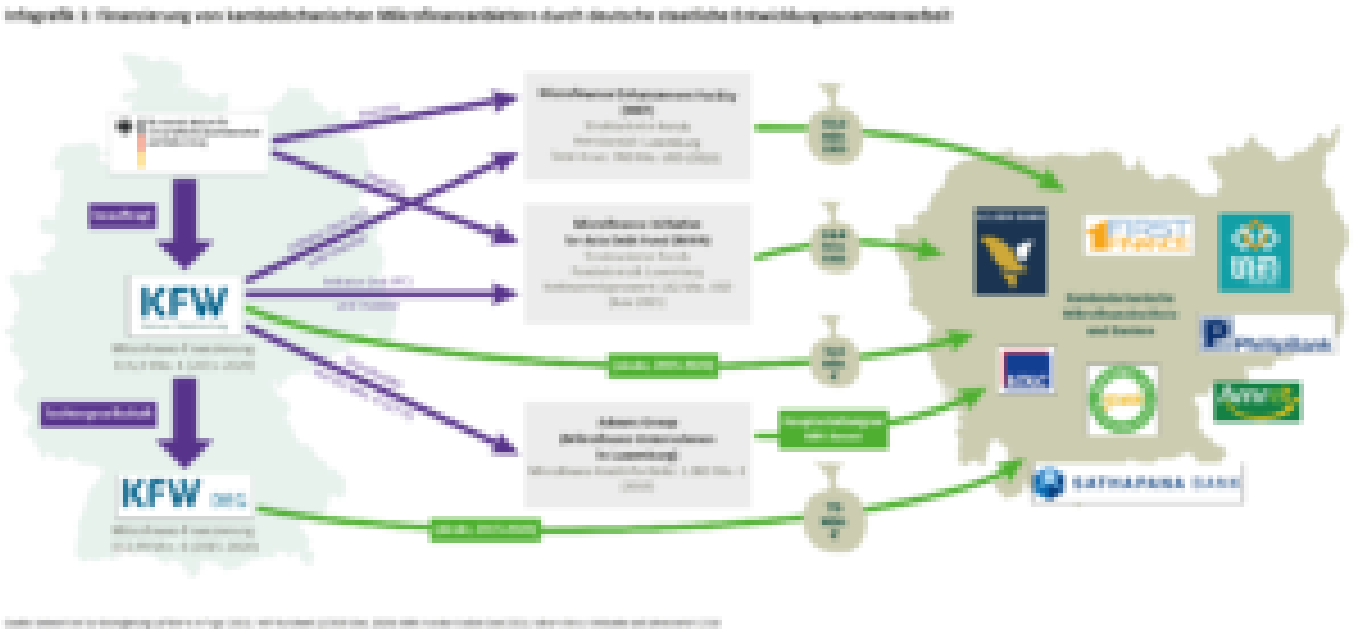
Naly Pilorge ist Direktorin der Nichtregierungsorganisation *Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights* (LICADHO). Bei LICADHO arbeitet sie seit 18 Jahren zu Menschenrechten in Kambodscha. Sie fordert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf, zu handeln und in Sachen Menschenrechtsverletzungen im Mikrofinanzsektor Kambodschas Verantwortung zu übernehmen.

Naly Pilorge: Kambodschaner*innen haben pro Kopf die höchsten Mikrokreditschulden in der Welt. Die durchschnittliche Kredithöhe liegt bei über 5.000 US-Dollar, mehr als das Jahreseinkommen von 95 Prozent der Bevölkerung. Der Großteil dieser Kleinkredite ist mit den Landtiteln der Kreditnehmer*innen besichert, was deren Häuser, Land und Lebensgrundlagen bedroht. Gleichzeitig rangiert Kambodscha im Hinblick auf den Kund*innenschutz in diesem Sektor weltweit auf den hinteren Plätzen. Auch Korruption ist weit verbreitet und um Rechtsstaatlichkeit ist es im Land schlecht bestellt.

Was sind die Folgen?

Die Kombination aus enorm hohen Mikrokrediten, profitgierigen Mikrofinanz-Institutionen (MFIs) und Banken, rücksichtslosen Investoren und fehlendem Schutz für die Kreditnehmer*innen ergibt eine gefährliche Mischung, die zu Menschenrechtsverletzungen führt. In den letzten Jahren stellten mehrere Berichte fest: Mikrokreditschulden führen zu erzwungenen Landverkäufen, Schulden getriebener Migration, Kinderarbeit und Hunger. Es ist ein gewaltiges Problem, und offen gesagt kratzen die kritischen Untersuchungen dabei nur an der Oberfläche.

Welche Rolle spielt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im kambodschanischen Mikrofinanzsektor? Was ist ihre Verantwortung?



Infografik über die Finanzierung von kambodschanischen Mikrofinanzanbietern durch deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit. © FIAN Deutschland

Die deutsche Regierung hat dutzende Millionen Euro in kambodschanische MFIs gesteckt und damit die rasante Expansion dieses Sektors finanziert, ohne angemessene Sorgfaltsprüfungen (*Due Diligence*) durchzuführen. Diese Investitionen richten in Kambodscha bis heute unglaublichen Schaden an, während sie der Bundesregierung Gewinne bescheren. Sie muss endlich Maßnahmen einleiten, um den Kreditnehmer*innen, die unter diesen räuberischen Kreditpraktiken gelitten haben, zu helfen und Wiedergutmachung zu leisten.

Wie haben BMZ (*Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) und KfW (*Kreditanstalt für Wiederaufbau*) sowie die DEG (*Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH*) zu den aktuellen Entwicklungen beigetragen?

Die KfW ist an Amret, einer der größten MFI in Kambodscha, über dessen größten Anteilseigner Advans SA, beteiligt. Sowohl die KfW als auch das BMZ finanzieren über den *Fonds Microfinance Enhancement Facility* (MEF) kambodschanische MFIs mit mehreren Millionen Dollar. KfW ist zudem Gründungsaktionär des Fonds *Microfinance Initiative For Asia* (MIFA), der ebenfalls in mehrere kambodschanische MFI investiert. Seit 2018 hat auch die DEG, eine KfW-Tochter, mindestens 75 Millionen US-Dollar in den kambodschanischen MFI-Sektor investiert. Darunter sind 45 Millionen US-Dollar, die genehmigt wurden, n a c h d e m LICADHO und andere kambodschanische NGOs seit August 2019 wiederholt öffentlich auf Menschenrechtsverletzungen im Mikrofinanzsektor hingewiesen hatten.

Was fordern Sie von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?



Mit Mikrokrediten finanzieren Landwirt:innen z.B. Saatgut wie diese Reissetzlinge für ihre landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion. © Water Alternative Photos.flickr CC BY-NC 2.0

Kurzfristig müsste die deutsche Regierung einen Entschuldungsfonds einrichten und Wiedergutmachungen für geschädigte Kreditnehmer*innen bereitstellen. So könnte die Anzahl der Landverkäufe und Menschenrechtsverletzungen, die aus Investitionen deutscher Steuergelder resultieren, begrenzt werden.

Längerfristig sollte die Bundesregierung ihren Einfluss auf die von ihr (mit-)finanzierten MFI nutzen, um rücksichtslose Kreditpraktiken zu unterbinden und den Einsatz von Landtiteln als Sicherheit für Mikrokredite zu beenden.

Würde das den Sektor verändern?

Natürlich ist die deutsche Regierung nicht der einzige Akteur und sie kann nicht alle Probleme lösen. Aber sie muss Verantwortung übernehmen und die Schäden wiedergutmachen, die durch ihre Investitionen entstanden sind. Diesen ersten Schritt zu machen und Verantwortung zu übernehmen, dient als wichtiges Beispiel für andere Investoren.

Das INEF (*Institut für Entwicklung und Frieden*) hat kürzlich eine vom BMZ finanzierte Studie über den Mikrofinanzsektor in Kambodscha veröffentlicht. Wie beurteilen Sie die Studie? Was halten Sie von deren Ergebnissen und Empfehlungen?

Die INEF-Studie war längst überfällig. Der richtige Zeitpunkt für die Untersuchungen wäre vor fünf Jahren gewesen, als das BMZ bereits zahlreiche Hinweise auf gravierende Probleme im kambodschanischen Mikrofinanzsektor hatte. Wir glauben, dass die Studie die Landverkäufe eher zurückhaltend eingeschätzt hat und die Zahl zu niedrig liegt. Die Autor*innen haben nicht alle interviewten Kreditnehmer*innen gefragt, ob sie Land verkauft haben, um Schulden zurückzuzahlen. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Schuldengetriebenen Landverkäufe höher liegen. Auch weitere Schäden, die durch MFI-Kredite in Kambodscha entstehen, sind wahrscheinlich unterschätzt. Doch selbst, wenn man nur die Zahlen der INEF-Studie zugrunde legt, wird klar, dass es massive Probleme im Mikrofinanzsektor gibt, die angegangen werden müssen.

In Ihren Berichten kommen Sie zu dem Schluss, dass die Menschenrechtsverletzungen systematisch sind. Das BMZ hat hierzu geantwortet, es handele sich um Einzelfälle. Was sagen Sie dazu?



Über die *Asiatische Infrastrukturinvestmentbank* (AIIB) möchte sich auch China im Mikrofinanzsektor Kambodschas engagieren. © *World Bank* Photo Collection.flickr CC BY-NC-ND 2.0

Wer behauptet, es handele sich um Einzelfälle einiger schlechter Akteure, liegt falsch. Die eigenen Recherchen des BMZ belegen, dass es sich um systematische Probleme handelt. Die INEF-Studie geht von fast 100 erzwungenen Landverkäufen pro Tag in den letzten fünf Jahren aus. Das bedeutet, dass alle 16 Minuten Land verkauft wird; insgesamt 167.000 Landverkäufe seit 2017 – nur um MFI-Schulden zu begleichen! Wir haben räuberische Kreditpraktiken und Menschenrechtsverletzungen in mehr als einem Dutzend Provinzen in Kambodscha dokumentiert, an denen alle großen Mikrofinanzkreditgeber des Landes beteiligt sind. Dies ist ganz klar ein systematisches Problem.

Was erwarten Sie von den beteiligten staatlichen Investoren?

Wir erwarten von staatlichen Entwicklungsinstitutionen und Banken wie dem BMZ und der KfW, dass sie sich stärker für Menschenrechte einsetzen, wie in ihren Richtlinien vorgeschrieben. Leider mussten wir enttäuscht feststellen, dass diese Richtlinien zwar auf dem Papier existieren, aber bei den Investitionsentscheidungen nicht immer angewandt werden. Die INEF-Studie hat zur Aufmerksamkeit des BMZ und der KfW für die Probleme im Sektor geführt, doch es mangelt weiterhin an der Bereitschaft, diese anhaltende Katastrophe anzugehen. Die kambodschanischen Kreditnehmer*innen brauchen jetzt Hilfe, und es ist längst an der Zeit, dass Deutschland sich für die Beseitigung dieser Missstände einsetzt.

Wie sehen Sie das Engagement und die Investitionen von privaten Finanzunternehmen, Genossenschaften und Entwicklungsbanken? Arbeiten sie anders als die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit?

Jeder Investor trägt zu diesen Missständen bei, und jeder Investor hat die Verantwortung, schädliche Investitionen zu stoppen und den betroffenen Kreditnehmer*innen Wiedergutmachung zu leisten.

Vor kurzem hat auch die AIIB (*Asiatische Infrastrukturinvestmentbank*) Investitionen in Höhe von 175 Millionen US-Dollar in den kambodschanischen Mikrofinanzsektor genehmigt. Wie beurteilen Sie deren Engagement?



So wird positive Entwicklung durch Mikrofinanzierung von Investoren gern dargestellt: Frauen einer gemeindebasierten *Savings Bank* in Battambang. © Brett Matthews.Wikimedia.CC BY-SA 3.0

Es ist beunruhigend, dass die AIIB nach jahrelanger öffentlicher Berichterstattung über die Missstände in diesem Sektor diese Investitionen vorschlägt. Deutschland ist einer der größten Anteilseigner der Bank. Wir arbeiten mit mehreren Partnern, darunter mehreren deutschen NROs, zusammen, um sicherzustellen, dass die Landtitel an die Kreditnehmer*innen zurückgegeben und die Schäden behoben werden, bevor weitere Investitionen in den Sektor getätigt werden. Die AIIB-Darlehen sind noch nicht ausgezahlt worden und wir drängen weiter darauf, dass Schutz der Kund*innen gestärkt und gewährleistet ist, bevor solche neuen Investitionen getätigt werden.

Wie können Mikrokredite in Kambodscha auf sinnvolle und faire Weise vergeben werden und den Kreditsuchenden wirklich helfen?

LICADHO arbeitet nicht zu finanzieller Inklusion, sondern ist eine Menschenrechtsorganisation. Wir wollen, dass alle Institutionen die Menschenrechte jeder/s Kambodschaner*in respektieren. Das schließt MFIs und ihre Investoren mit ein. Ein gut funktionierender MFI-Sektor ist einer, der die Kreditnehmer*innen nicht so weit überschuldet, dass sie gezwungen sind, ihr Land zu verkaufen, zu hungern, zu migrieren oder andere Missstände zu erleiden, um ihre Kredite zurückzuzahlen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Raphael Göpel

Zum Weiterlesen

Alle Studien kambodschanischer Nichtregierungsorganisationen zu Mikrofinanz finden sich hier

FIAN-Studie: Landverlust und Hunger durch Mikrokredit-Überschuldung in Kambodscha

Autor:in

Raphael Göpel

Raphael Göpel ist Ethnologe und arbeitet in der Stiftung Asienhaus zu den Ländern Kambodscha, Indonesien und Thailand.

Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.